FINSINGER OHRWURM

Kommentare ... Meinungen ... Notizen ... Hintergründe

Juli '91 | von Ihrem SPD-Ortsverein | Auflage: 800

Trinkwasser;

Retrospektiven - Perspektiven

Kein OHRWURM ohne das Thema Wasser, das wird mindestens solange der Fall sein, bis nicht wirklich Entscheidendes zur Verbesserung der Wasserqualität auf den Weg gebracht ist. Zuerst ein kurzer Rückblick. Seit der neue Finsinger Brunnen in Betrieb ist, haben wir es mit relativ hohen Nitratwerten in unserem Trinkwasser zu tun.
In der Vergangenheit wurde dieser Umstand vom SPD-Ortsverein ständig kritisiert und eine breite Öffentlichkeit darüber informiert. Von seiten der Gemeinde wurde jedoch, trotz unserer Anträge, praktisch nichts unternommen. Lediglich kurz vor der Kommunalwahl '90 wurde unsere Anregung, für Babys die Mineralwasserkosten zu erstatten, aufgegriffen und umgesetzt.
Als der neue Gemeinderat vor gut einem Jahr seine Arbeit aufnahm, schien auf diesem Gebiet etwas voranzugehen. Das von der SPD im Sommer '90 angeregte Vorgutachten (Grundlagenermittlung plus vorläufiges Sanierungskonzept) wurde in Auftrag gegeben. Die erste Vorstellung dieses Gutachtens im Oktober '90 durch das Energie- u. Umweltbüro Garching auf einer Umweltausschußsitzung fand durchweg positiven Anklang.
Die wesentlichsten Punkte, die laut dem Vorgutachten für eine Sanierung notwendig sind:

- ♦ exakte Abgrenzung des Einzugsbereiches des Brunnens (Setzung eines weiteren Pegels ca. 1,5 km süd-südwestlich)
- ♦ Stichtagsmessungen von allen Pegeln über mehrere Monate

Aus dem Ergebnis dieser Untersuchungen sind der genaue Zustrombereich und die Schutzzonen zu errechnen. Damit können alle Flächen, die besonders von einer Auswaschung der Schadstoffe gefährdet sind, ermittelt werden.

Die betroffenen Landwirte können dann gezielt unterstützt werden durch:

- Einzelberatung zu Pflanzenschutz, Düngerausbringung, mechanischer Bodenbearbeitung, Fruchtfolge, etc.
- finanzielle Entschädigung bei ordnungsgemäßer Düngung und PSM-Behandlung

„KEIN GRUND ZUR PANIK, DER GRUNDWASSERGEHALT AN ARSEN IST IMMER NOCH ERFREULICH!"

Karikatur: Horst Haitzinger

- ♦ Nach Möglichkeit sollten in dem ermittelten Gebiet Flächenanpachtungen und evtl. Ankäufe zwecks Umwandlung in Dauergrünland durchgeführt werden.

Dies sind ganz kurz dargestellt nur

die wichtigsten Punkte des vorgestellten Gutachtens für die Sanierung.
Damit der gesamte Gemeinderat darüber befinden konnte, wurde das Gutachten am 26.11.90 dem gesamten Gemeinderat erneut vorgetragen und diskutiert.
Dabei waren natürlich auch kritische Stimmen zu hören.
Jedoch wurde am Ende der Debatte ein Grundsatzbeschluß gefaßt, der lautet:

"Der Gemeinderat beschließt, die Trinkwasserversorgung Finsing (Brunnen II) zu sanieren. Der Umweltausschuß wird beauftragt, entsprechende Vorschläge für die Sanierung zu erarbeiten."

Damit, so schien es, war einer zügigen Sanierung des Finsinger Brunnens nichts mehr im Wege.
Doch weit gefehlt!
Der Umweltausschuß, der sich ja mit der Konkretisierung der zu ergreifenden Sanierungsmaßnahmen zu befassen hatte, wurde dazu erst auf mein Drängen hin einberufen.
Ergebnis der Umweltausschußsitzung:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Fachbehörden sowie die im Einzugsbereich liegenden Gemeinden um konkrete Vorschläge und um Mithilfe bei der Sanierung zu bitten."

Mein Vorschlag, neben o.g. Einholung von Unterstützung, zunächst die weitere Grundlagenermittlung (exakte Ermittlung des Grundwassereinzugsgebietes) in Auftrag zu geben, wurde abgelehnt, obwohl auch das Wasserwirtschaftsamt Freising in einem Schreiben dazu eindeutig feststellte:

"Die Gutachter haben in Kap.9.2 weitere hydrogeologische Untersuchungen angeregt (Einrichtung einer Gw-Meßstelle bei Gelting, mehrere Stichtagsmessungen an den vorhandenen Gw-Anschlüssen).
Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist notwendig, um das Einzugsgebiet fundiert abzugrenzen."

Es wurde also lediglich ein Schreiben an die zuständigen Fachbehörden/Gemeinden mit der Bitte um Unterstützung verschickt.
Die einzige konkrete Antwort kam hierzu vom Amt für Landwirtschaft, das seine Unterstützung in Form von Informationsveranstaltungen für Landwirte angeboten hat.

Ansonsten [illegible] die Antwortschreiben, wie befür[illegible] nichtssagend, da die angesproch[illegible] Ämter überhaupt nicht zuständig sind (leider!) für die Koordination von Sanierungsmaßnahmen.
Aus dem Schreiben an die Fachstellen ging jedoch hervor, daß im Februar '91 eine Messung der Pflanzenschutzmittel (PSM) - Rückstände stattgefunden hat und bei *Atrazin* ein Wert von 0,11 µg/ltr gemessen wurde.
<u>Der Grenwert dazu liegt bei 0,10 µg/ltr</u>.
Dies hat mich als Umweltbeauftragter der Gemeinde veranlaßt, dazu sofortige Maßnahmen zu beantragen, u.a. die sofortige Information der Bürger (in Zukunft werden sämtliche Messungen sofort veröffentlicht), sowie die Durchführung einer Kontrollmessung, da diese darüber Aufschluß gibt, ob der Wert objektiv so hoch liegt oder Meßfehler einen zu hohen Wert ergaben.
So jedenfalls wurde das vor Jahresfrist noch im Nachbarlandkreis Ebersberg gehandhabt, wie mir der technische Leiter des Wasserzweckverbandes Zornedinger Gruppe bestätigte.
Nicht so im Landkreis Erding, hier stellten Landratsamt und Gesundheitsamt übereinstimmend fest, daß die Meßfehlertoleranz von ±0,05 µg/ltr bei der Erstmessung zu berücksichtigen sei und eine Kontrollmessung erst ab 0,16 µg/ltr zu erfolgen hat.
Auf einer Behördenbesprechung zu diesem Thema hat sich der Vertreter des Gesundheitsamtes Erding, Hr. Daniel gar zu der Behauptung verstiegen, hier gelte das *"Minimierungsprinzip"* !!! und die Toleranzgrenze müsse deshalb vom Meßergebnis abgezogen werden.
Meßwerte minimieren, Belastungen verharmlosen, alles verniedlichen, das ist die Devise einiger Verantwortlicher (ausgerechnet) im Gesundheitsamt. Statt sich um unsere, um Volkes Gesundheit zu bemühen, wird abgewiegelt und wir dürfen diese Verharmloser auch noch teuer mit unseren Steuern bezahlen.

<u>Wie soll es weitergehen</u> ?

Wie anfangs bereits angesprochen, hat der Gemeinderat einen eindeutigen Beschluß gefaßt, nämlich die Neufinsinger Trinkwasserversorgung zu sanieren.
Darauf werden wir bestehen !
Auf keinen Fall genügt hierzu die bloße Grün[illegible]g einer Trinkwasserschutzgemein[illegible]ft zusammen mit ande-

Kindergarten

Die Kapazität des Kindergartens in Neufinsing ist erschöpft. Es fehlen ca. 25 Kindergartenplätze.
Um die kurzsichtige Bedarfsplanung ehemaliger Gemeindeverantwortlicher zu korrigieren, war die Verwaltung gezwungen, einen Bittgang zum Träger des örtlichen Kindergartens, dem Ordinariat, anzutreten.
Warum? Für eine Übergangsfrist, bis zur Errichtung eines neuen Kindergartens, benötigt die Gemeinde Räumlichkeiten zur Erweiterung des vorhandenen Kindergartens.
Der im Kindergartenkomplex integrierte Pfarrsaal bietet sich übergangsweise für die Zwecke der Erweiterung an. Genutzt wurde dieser Pfarrsaal zur Jugend- und Altenpflege.
Wird dieser Saal zur Kinderbetreuung freigegeben, so stellt die Gemeine ihrerseits entsprechende Räumlichkeiten im ehemals alten Rathaus zur Jugend- und Altenpflege zur Verfügung.
Alle Umbaumaßnahmen, die für diese Übergangslösungen notwendig werden, trägt die Gemeinde.
Anfangs stand die Katholische Kirche dem Ansinnen der Bürgerschaft sehr zögerlich bis ablehnend gegenüber. Jetzt endlich hat sie doch den Bedürfnissen der Situation nachgegeben und den Wünschen der Gemeinschaft entsprochen.
Dieser Vorgang der Bittstellung zeigt, daß die Katholische Kirche nicht mehr in der Lage ist, die sozialen Ansprüche der Bürger kontinuierlich mitzutragen. Denn der Katholischen Kirche steht längst nicht mehr das aufopferungswillige Hilfskräftepotential zur Verfügung, mit dem sie in der Vergangenheit wirtschaften konnte. Auch das Ordinariat erhält seine Arbeitskräfte nur über den freien Arbeitsmarkt.
Soziale Belange der Gemeinschaft müssen in Zukunft von den Bürgern selbst erfüllt werden. Denn private Träger gemeinschaftlicher Einrichtungen, und dies zeigte sich bei den Verhandlungen mit dem Ordinariat, erschweren notwendige Planungseingriffe.
Deshalb muß die Trägerschaft des neuen Kindergartens bei der Gemeinde verbleiben.
Und wenn uns in Zukunft die Familiensicherung so wichtig ist, wie die Freizeitbetreuung unserer Bürger, dann kann es uns auch nicht schwer fallen, notwendiges Kindergartenpersonal durch attraktive Gehaltsbezüge zu gewinnen.
Die "Kindergarten-Beitrags-Gestaltung" kann durchaus neu geregelt werden. Eine Staffelung entsprechend dem Einkommen der Eltern könnte ins Auge gefaßt werden.
Als Standort des neu zu errichtenden Kindergartens bieten sich der Ortsteil Neufinsing - der Bevölkerungszuwachs in diesem Ortsteil nimmt künftig stark zu - und der Ortsteil Eicherloh an.
Es bleibt zu hoffen, daß der Gemeinderat in dieser Angelegenheit weiterhin Verantwortung und Weitblick zeigt.

Braucht Finsing ein Gewerbegebiet?

Eine lebende Gemeinde, wenn sie nicht zur Schlafstätte angrenzender Wirtschaftsräume verkommen will - mit vielen Einwohnern, damit das Salär des Bürgermeisters stimmt - benötigt natürlich auch Versorgungsbetriebe für das tägliche Leben.
Handwerk und Handel passen in die Struktur unserer Gemeinde.
Gerade im Großraum München - wir sind mitten drin - werden zunehmend Dienstleistungsbetriebe benötigt.
Die Einkommensstrukturen der diesen Großraum füllenden Bewohner werden mittleres bis gehobenes Niveau erreichen. Individuelle Leistungen sind da gefragt, da der Neubau und Ausbau von Immobilien fortschreiten wird.
Deshalb wird es jetzt schon notwendig, Gebietsplanungen voranzutreiben, unabhängig jeglicher regionaler bzw. überregionaler Verkehrswegeplanungen.
Bei der augenblicklich notwendigen Gebietsplanung müßte bereits jetzt schon klargestellt werden, daß nur solche Betriebe Platz finden, die keine erhöhten An- und Ablieferbewegungen verursachen und somit unabhängig jeglicher Verkehrswegeplanung für den Markt zugänglich sind.
Werden jedoch verkehrsintensive Betriebe, wie z.B. Speditionen, auf un-

ren Gemeinden.
Dies ist zwar eine wichtige flankierende Maßnahme um großflächig für eine Reduzierung der Schadstoffe zu sorgen, also zum allgemeinen Grundwasserschutz, kann aber gezielte Maßnahmen vor Ort nicht ersetzen.
Darin waren sich auf der vorher erwähnten Behördenbesprechung das Wasserwirtschaftsamt Freising und z.B. auch der Markt Schwabener Bürgermeister Huber einig.
Als nächstes muß in jedem Fall der Zustrombereich, die exakte Abgrenzung des Einzugsgebietes erfolgen, um hinreichend objektiv beurteilen zu können, ob eine Sanierung so, wie in dem Vorgutachten skizziert, durchführbar ist.

Warum messen wir der Trinkwasserverschmutzung so große Bedeutung bei ?

Wir sind uns der Tatsache wohl bewußt, daß es einige gibt, die denken, der SPD-Ortsverein macht einen Riesenzirkus um die paar Nitrate im Wasser.
Wir meinen jedoch, unsere Umwelt ist auf praktisch allen Gebieten bereits in einer Weise belastet, die vielfach bereits zu erheblichen Gesundheitsproblemen führt, z.B. Pseudokrupp, Allergien, etc.,etc.

Eine Gemeinde bzw. eine politische Gruppierung in der Gemeinde kann wenig bzw. gar nichts gegen die zunehmende Luftverschmutzung, den Fluglärm oder Ähnlichem tun.
Aber wir können etwas für das neben der Luft wichtigste Element Wasser tun.
Denn die Wasserversorgung liegt im kommunalen Verantwortungsbereich und wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns rechtzeitig! für die Trinkwasserreinhaltung einzusetzen.
Abgesehen von Kleinstkindern und Schwangeren ist die Gefahr, bei unseren Nitratwerten ernsthaft zu erkranken, möglicherweise wirklich nicht allzu hoch. Bei den PSM (Pflanzenschutzmittel z.B. Atrazin) ist die gesundheitliche Gefährdung bereits bedeutend höher.
Jedoch die Summe aller auf uns wirkenden, künstlichen chemisch hergestellten Stoffe, die unseren Körper, unser Immunsystem belasten, ist das wahrhaft Gefährliche.
Es ist also unbedingt geboten, alle Schadstoffe zu reduzieren, die wir zu reduzieren vermögen.
Fangen wir in unserem Verantwortungsbereich damit an !
Wir bitten dabei um Ihre Unterstützung.

****

Kreisrat Karl Maier (CSU) setzt sich ein - für die bauwilligen Finsinger Bürger.
Durch die ständigen Einsprüche gegen den Bebauungsplan "Ziegler" hat er bereits großen Zeitverzug bewirkt und damit den Bauwilligen geschadet.

Unwahr ist, daß man vom vielen Gülle- und Klärschlamm-Ausbringen Baron wird.
Wahr ist, daß manche einen Landwirt im Moos als "Güllebaron" bezeichnen.

Baulandsicherung für Einheimische

Als "fehlenden Mut" hat SPD-Gemeinderat Erwin Hetz das Hinausschieben einer Regelung zur Baulandsicherung für Einheimische kritisiert.
Als Konsequenz daraus muß beim Verkauf der Privatgrundstücke im Baugebiet "Ziegler" die rechtlich nicht durchführbare Regelung aus dem Jahre '87 angewendet werden.
Die Verhinderer einer echten "Baulandsicherung für Einheimische" machen sich damit erneut zum Gespött der Gemeinde.
Zum Lachen wäre das jedoch nur, wenn nicht die einheimischen Bauwilligen dabei die "Blöden" wären.
Die SPD wird hier jedoch spätestens nach der Sommerpause wieder die Initiative ergreifen und die Herren von der "Bauland-Lobby" der Bürgerschaft ein weiteres Mal vorführen.

seren Fluren angesiedelt, dann könnte sich doch noch der Plan einiger Unverantwortlicher erfüllen, daß die Gemeinde Finsing auf kurzem Wege direkt an die Ferntrasse Ost angeschlossen wird.
Diese, für manche verlockende Direktanbindung erhöht den Durchgangsverkehr durch die Ortskerne von Neufinsing und Finsing. Die dort angesiedelte Wohnbevölkerung wird durch eine neue Lärmplage verstärkt benachteiligt.
Wollen wir das ? Oder wollen das nur Geschäftstüchtige, die sich um das Wohl der Allgemeinheit sowieso nichts scheren ?

Mineralölfernleitung

Hatte man doch gemeint, der Gemeinderat würde sich in seiner Mehrheit gegen die Mineralölfernleitung stellen, so wurde man herb enttäuscht.
Nein, wieder einmal hat der Gemeinderat kapitalen Privatinteressen nachgegeben.
Mit der Entscheidung zur Gestattung eines Leitungsbaues in öffentliche Flur- und Feldwege hat der Gemeinderat Einzelinteressen höher bewertet als seine Pflicht zur Verantwortung von schützenswertem Gemeingut.
Durch die Nähe der Mineralölfernleitung (zur Versorgung des Flugbetriebes) zu unserem Trinkwassereinzugsgebiet besteht eine ständige Gefährdung unserer Trinkwasserversorgung.
Auch wenn schon abzusehen war, daß eine bestimmte Interessengruppe die Rechtsprechung für sich beeinflussen konnte, so hätte trotzdem die politisch und moralisch begründete Ablehnung stattfinden müssen.
So wäre denn auch zutagegetreten, welcher Privatgrundstücksbesitzer lediglich aus finanzieller Gier und ohne Skrupel eine Grunddienstbarkeit erschwert um den Preis in die Höhe zu treiben und welcher Grundstücksbesitzer aus moralischen Gründen eine Grunddienstbarkeit verweigert und ein Enteignungsverfahren in Kauf nimmt.
Mit fehlendem Mut zur eigenen Meinung und bauernschlauem Taktieren wurde man zum Wendehals.
Die Lobbyisten lachen und freuen sich schon auf den nächsten Fall, der Gemeinde eine weitere Negativeinrichtung zu bescheren.
Denn, NEIN dürfen die Finsinger nicht sagen, denn sie sind keine Floriansjünger - so wie die anderen, die uns immer wieder in das Schlammassel treiben.
Es gab und gibt keine guten Gründe, dem Mineralölfernleitungsbau zuzustimmen - auch wenn jetzt mehr Straßentransporte unterwegs sind.
Die Mineralölzulieferer sind verständlicherweise gegen den Straßentransport. Denn dabei wird sichtbar, wie gefährlich doch der Stoff ist, den man für das verschwenderische Verkehrsmittel FLUGZEUG benötigt. Unter der Erde - und das wissen die Lobbypsychologen - sieht und hört der Bürger von alledem nichts mehr.
Es wird auch beteuert, daß Mineralölfernleitungen so sicher sind wie Atomkraftwerke - zumindest.
Diese Mineralölfernleitung zeigt deutlich, wie rücksichtslos der Mensch den kurzsichtigen Wirtschaftsinteressen untergeordnet wird.
Wenn ein Flughafen wegen der zu schützenden Bürger aus München verlagert werden kann, warum kann dann nicht auch der Spritzulieferer verlagert werden - zumindest mit den Kapazitäten, die zur Mitversorgung eines Flughafens nötig sind ?
Und nebenbei bemerkt: Brauchen wir einen Flughafen in der geplanten und gebauten Dimension überhaupt?
Wer von uns braucht den ständigen Dienst des Verkehrsmittels Flugzeug über Gebühr: Der eitle Wirtschaftsmanager, gehetzt von einer Konferenz zur anderen, der Blumenfreund und der Verbraucher exotischer Früchte, die beide dazu beitragen, daß Agrarindustriearbeiter in den Zulieferländern durch Schädlingsbekämpfungsmittel schleichend vergiftet werden und tötlich erkranken, der Menschenhändler von Bangkok oder der Schleuser von asylsuchenden Wirtschaftsflüchtlingen aus Drittländern, oder der Urlauber, der mindestens einmal im Jahr in fernen Ländern die Ruhe für sich sucht, die er bei uns nicht mehr findet, weil soviele Flugzeuge starten und landen, um die Menschen vom Fluglärm zu befreien ???

Keine Entwarnung in Sachen Mülldeponie

Beim Wirtshausdiskurs des Bayerischen Fernsehens in Markt Schwaben ("Jetzt red i" Sendung vom 26.2.91) hat der Umweltbeauftragte der Gemeinde Finsing, SPD Gemeinderat Georg Gartner, erneut auf die Mangelhaftigkeit des "Schlegel-Gutachtens" hingewiesen, vor allem auf die völlige Nichtbeachtung des Einzugsgebietes für das Neufinsinger Trinkwasser.
Der stellvertretende Ebersberger Landrat H.Vollhardt antwortete damals, wenn das Überprüfungsgutachten von der TU München (Prof. Dietrichs) vorliegt, werde man sehen, ob die Kritik am "Schlegel-Gutachten" berechtigt sei.
Das Obergutachten ist inzwischen fertiggestellt. Das Urteil über das "Schlegel-Gutachten" fällt geradezu vernichtend aus. Die darin angewandte Methode zur Umweltverträglichkeitsprüfung sei schlechthin antiquiert und unbrauchbar, heißt es darin.
Damit wurde das bisherige Gutachten zur Makulatur.
Ein neues wird wohl in Auftrag gegeben werden müssen. Theoretisch wäre damit die Chance verbunden, daß der Standort Finsing-Gelting dabei entfällt.
Doch darauf dürfen wir nicht hoffen, denn die Randlage und die Nähe zum Klärwerk Neufinsing, zur billigen Entsorgung der Deponiewässer, dürfte für viele allzu verlockend erscheinen.
Es war deshalb sehr wichtig, daß wir in dem bisherigen "Probelauf" unseren Widerstand deutlich gemacht haben und unsere sachlichen Argumente in die Diskussion eingebracht haben. Besondere Anerkennung gebührt hier der "Aktionsgruppe Umwelt Finsing - AUF".
Bei einer neuerlichen Begutachtung können deshalb diese Fakten nicht mehr einfach außer acht gelassen werden.
Dies eröffnet zumindest die Chance, bei der Bewertung nicht mehr zu den favorisierten Standorten zu gehören.

Fazit: Der Widerstand hat sich heute schon gelohnt, aber wir dürfen nicht nachlassen, wenn die Deponie endgültig verhindert werden soll.

○ ○ ○

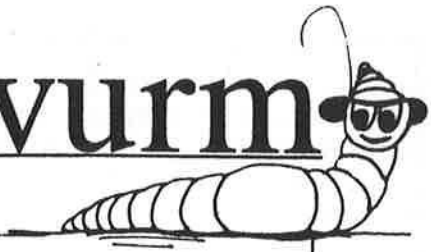
Wahr ist, daß die Gemeinde Finsing von der DMP (Mineralölfernleitungsbau) einen Scheck über einen hohen Geldbetrag überreicht bekommt.

Unwahr ist, daß es sich hierbei um nachträgliches Bestechungsgeld handelt.

△

Impressum: Finsinger Ohrwurm
Herausgeber: SPD-Ortsverein Finsing
Presserechtlich verantwortlich:
Georg Gartner, Seestr.44, 8059 Neufinsing
Mitarbeiter: Georg Gartner, Hans Weeber
Druck: SPD-Landesverband, 8000 München

Finsinger Ohrwurm



Informationen, Meinungen und Kommentare

von Ihrem

April `93 | SPD-Ortsverein | Auflage: 800

Gewerbegebiet um jeden Preis?

Ist ein Gewerbegebiet in der Gemeinde Finsing sinnvoll oder gar notwendig? Und kann dieses unter annehmbaren Bedingungen verwirklicht werden?
Dies sind die zwei Fragen die mit gutem Gewissen erst einmal beantwortet werden sollten bevor es zu einer Entscheidung über die Festlegung eines Gewerbegebietes kommen kann.
Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen gerade mit dem Ziel die Zahl der Auspendler zu reduzieren,ist erstrebenswert und deshalb zu befürworten.

Da bereits Zentren wie Poing, Markt Schwaben, Kirchheim sowie Gemeinden in mittelbarer Nähe zum Großflughafen mit Gewerbeansiedlungen stark expandieren erscheint es fraglich, ob es einen Sinn gibt,wenn sich nun kleinere Gemeinden in der Nähe dieser Zentren ohne Not nun auch so expansiv verhalten.

Wir stimmen einem Gewerbegebiet nur dann zu, wenn sich die geschaffenen Arbeitsplätze in einem vernünftigen Verhältnis zum Flächenverbrauch rechnen, Umweltbelastungen wie z.B. erhöhtes Verkehrsaufkommen, Emmissionen durch Fertigungsbetriebe und sonstige Beeinträchtigungen in engen Grenzen halten und die Anlieger durch den Betrieb des Gewerbegebietes keine Nachteile erleiden.

Das im Flächennutzungsplan ausgewiesene Gewerbegebiet umfaßt 5,7 ha (siehe Skizze) und wäre der Größe nach, auch gemessen am momentanen Bedarf an Gewerbeflächen, völlig ausreichend.

Die Firma Isarkies aus Wörth bei Landshut hat die vorgenannte Fläche bereits aufgekauft, mit der Absicht, dort ein Gewerbegebiet zu errichten. Gleichzeitig haben sich die Käufer für weitere ca. 100.000 qm ein Optionsrecht erworben (siehe Skizze).
Dies geschah zur selben Zeit als die Fläche in den Flächennutzungsplan aufgenommen wurde. Nach Beteuerung aller maßgeblichen Beteiligten wurden zu keiner Zeit irgendwelche Zusagen seitens der Gemeinde an die Grundstückserwerber im Hinblick auf die Baureifmachung gegeben, auch nicht von Ex-Bürgermeister Buchmann, wie dieser erst vor kurzem wieder deutlich gemacht hat.

Die Verkehrserschließung

Die Verkehrserschließung entscheidet letztendlich über die Realisierung des Gewerbegebietes.
Um die Anwohner nicht durch den Gewerbeverkehr zu belasten, ist man sich im Gemeinderat darüber einig, daß die Verkehrserschließung nicht über Herd-

und Föhrenweg zur Erdinger Straße führen darf, sondern über den Kanal erfolgen muß.
Dazu gibt es nur zwei Möglichkeiten:

a)die Erschließung über die Brücke am Klärwerk und

b) der Bau einer neuen Brücke.

Erstere Möglichkeit wird von der Isar-Kies wegen der Länge der auszubauenden Wege und der geringen Belastbarkeit der Brücke abgelehnt.
Nach Ansicht der Betreiberfirma müßte eine neue Brücke gebaut werden, die nach deren unverbindlichen Schätzung 2,5 - 3,0 Mio.DM kosten wird.

Der gewollte Sachzwang

Damit, so folgert die Fa.Isarkies messerscharf, muß das Gewerbegebiet wesentlich größer als die ursprünglich vorgesehenen 57.000 qm werden, da allein durch den Brückenbau Erschließungskosten von 60.-bis 70.-DM/qm anfallen (bei Abzug von ca.25% Erschließungsfläche), während sich dieser Kostenanteil bei einer Fläche von insgesamt 150.000qm auf 22.- bis 26.-DM/qm verringern ließe.

Verständlich, daß die Herren so argumentieren!

Aber die Probleme der Fa.Isarkies können nicht Entscheidungsgrundlage der Gemeinde Finsing sein.
Diese Firma hat aus völlig freien Stücken, und wie man hört zu saftigen Preisen, Ackerland gekauft, ohne jegliche Zusagen der Gemeinde.
Und nun sollte der Gemeinderat berücksichtigen, daß bei dem hohen Kaufpreis plus Erschließungskosten (Brückenneubau/anderweitige Erschließungen) ein zu hoher Gesamtpreis entsteht.

Diese Grundstücksspekulation darf nicht zum Entscheidungszwang führen: entweder großes Gewerbegebiet oder kein Gewerbegebiet.
Doch es hat den Eindruck, daß dieser Sachzwang bewußt von Seiten der Grundstücksspekulanten hergestellt werden sollte.

Die unterwürfige Entscheidung des Gemeinderates

Nachdem der Gemeinderat die ganze Problematik in einigen Sitzungen besprochen hatte, an der Herr Meierlohr von der Fa.Isarkies dazu insgesamt dreimal gehört wurde, faßte der Gemeinderat am 15.Feb.1993 folgenden Beschluß:

> Der Gemeinderat beschließt, das im Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet bereits ausgewiesene Areal von ca.57.000 qm um eine Fläche von weiteren 100.000 qm, die zwischen Umspannwerk und Klärwerk liegt, und für die die Fa.Isarkies ein Optionsrecht hat, zu erweitern und als Gewerbegebiet sowie teilweise als Industriegebiet auszuweisen. Die Aus-weisung erfolgt nur, wenn sich die Fa.Isarkies verpflichtet, für die Erschließung dieses Gewerbe- bzw. Industriegebiets auf ihre Kosten eine neue Brücke über den Isarkanal zu errichten und die Erschließung dieses Gewerbe- und Industriegebietes über diese Brücke zur Staatsstaße
> 2082 erfolgt.
> Die Fa.Isarkies ist verpflichtet, 5 % der Nettofläche dieses Gewerbegebietes an die Gemeinde Finsing kostenlos
> abzutreten. Die Fa.Isakies übernimmt die komplette Erschließung einschließlich der Herstellung der Wasserversorgungsleitungen in diesem Gebiet.
> Die Vergabe der Grundstücke an die jeweiligen Firmen durch die Isarkies GmbH & Co.KG bedarf der Zustimmung des Gemeinderates.

Dieser Beschluß wurde äußerst knapp mit 7:6 Stimmen gefaßt(zwei Gemeinderäte fehlten bei der Abstimmung) und ist vor dem Hintergrund der in der selben Sitzung gemachten folgenden Äußerungen des Herrn

Klagegemeinschaft gegen Müll-gebühren-Satzung!

Wer die ungerechten und ökologisch unsinnigen Müllgebühren bei Nichtbenutzung der Bio-Tonne nicht hinnehmen wollte, dem war laut Gebührenbescheid des Landratsamtes (siehe Rechtsbehelfsbelehrung) die Möglichkeit gegeben degegen Widerspruch einzulegen. Dies haben einige Bürger auch getan, mit dem Erfolg, daß das Landratsamt die Widersprüche ohne weitere Kommentare an die Regierung von Oberbayern zur kostenpflichtigen Zurückweisung weitergegeben hat.
Die Regierung von Obb. hat die Widersprüche auch geprüft und wie vom Landratsamt vorhergesagt! zurückgewiesen und verlangt dafür insgesamt 84.-DM.

Der Verdacht drängt sich auf, daß mit diesen Vorgehen sämtliche "Querulanten" eingeschüchtert werden sollen.

Wir werden jedoch auf alle Fälle, zusammen mit dem SPD-Kreisverband und möglichst vielen Musterklägern, Klage vor dem Verwaltungsgericht erheben.

Da im Falle einer Nichtbenützung der Bio-Tonne eine öffentliche Einrichtung überhaupt nicht in Anspruch genommen wird und andererseits auf jeden Fall bei der zentralen Kompostieranlage in Gaden auch Kosten eingespart werden, sind die Aussichten vor dem Verwaltungsgericht, nach
Auffassung von Fachleuten, als sehr günstig anzusehen.
Ein gerichtlicher Erfolg käme also den Zielen des Abfallwirtschaftsgesetzes entgegen und würde durch die zu erzielende Kosteneinsparung keineswegs eine Gebührenerhöhung für die Benutzer der Bio-Tonne bedeuten.

Landrat Bauer hat neulich geäußert (Zitat Münchner Merkur vom 11.2.93): "Wie's geldmäßig aussieht, könnte ich mir für 1994 eine Gebührenrückerstattung vorstellen für diejenigen, die sich von der Bio-Tonne freistellen ließen." Er denke schon länger darüber nach, dem Kreistag einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. "Das wäre allerdings eine rein politische Entscheidung" so Bauer.

Unser Kommentar: Der Landrat denkt und denkt und denkt und denkt.....

Die Äußerungen des Landrats zeigen, daß er in Sachen Bio-Tonne mit einer Niederlage vor dem Verwaltungsgericht rechnet. Er hält es aber nicht für nötig, die betroffenen Bürger und Bürgerinnen über die Kosten der Zurückweisung zu informieren.

Angesichts der Widersprüche gerade gegen die Biotonne und deren kostenpflichtiger Zurückweisung zeugt diese Äußerung von einer Arroganz, Ignoranz und Impertinenz, die ihresgleichen sucht.

Was bürdet der Kultusminister und CSU-Kreisvorsitzende seinem eigenen Wahlkreis auf ?

In Garching soll ein neuer Atomreaktor (Forschungsreaktor München II), mit 4-facher Leistung und 50-zigfacher Neutronenstrahlung gegenüber dem bisherigen Forschungsreaktor, errichtet werden.

Das Raumordnungsverfahren dazu läuft gerade.

Der zuständige Fachminister im bayerischen Kabinett ist ausgerechnet der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Erding, Hans Zehetmair.

Die Einwendungen der Naturschützer, bezüglich der Sicherheitsrisiken des wesentlich komplexer werdenden Forschungsreaktors, wertete der Minister als "Horrorgemälde". Dabei mutet er den Gemeinden eine Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren zu, ohne daß diese einen Sicherheitsbericht vorgelegt bekommen; d.h. die Gemeinden sollen darüber entscheiden, ohne die möglichen Sicherheitsrisiken zu kennen!!

Wenigstens sind sich diesmal die Stadt München und die sogenannte "Nordallianz" einig, ein solches Verfahren strikt abzulehnen.

Hoffentlich können sich auch die im Landkreis Erding betroffenen Gemeinden dazu durchringen.

Lebensgrundlage Wasser

Die UNO hat den 22.März zum "Weltwassertag" ausgerufen. Damit soll insbesondere vor den Folgen der Verschwendung des kostbaren Lebenselements in den westlichen Industriestaaten gewarnt werden.
Der sparsame Umgang, sowie der Schutz unserer Wasserreserven sei eines der vordringlichsten Weltprobleme unserer Tage, so argumentiert die UNO.

Und in der Tat, die als Lebensmittel genießbaren Wasserreserven gehen in vielen Erdregionen zur Neige. Sogar in manchen deutschen Gegenden, wie z.B.im Raume Stuttgart, wird die Versorgung mit Trinkwasser immer schwieriger.

In unserer Umgebung, im Süden Bayerns, haben wir auf absehbare Zeit noch genügend Grundwasservorkommen. Doch haben wir jetzt schon deutliche Probleme mit einer zunehmenden Vergiftung des Grundwassers.

Bei uns gefährden Nitrate und Pestizide unsere Lebensgrundlage Wasser.

Kein Wunder, innerhalb von 10 Jahren, von 1960 - 1970, schnellte der durchschnittliche jährliche Düngemittelverbrauch von 367 kg/ha auf 506 kg/ha hoch. 1980 waren es dann 633 kg, vor fünf Jahren lag die Zahl bei 642 kg.

Ebenso verhält es sich mit den Pestizi den, den sogenannten Pflanzenschutzmitteln: 0,7 kg/ha jährlich verspritzten die Landwirte im Auftrag der EG 1960, zehn Jahre später hatte sich die Zahl verdoppelt, 1980 lag sie mehr als dreimal so hoch (2,7kg/ha) als im Jahre 1960.

Inzwischen ist diese Zahl leicht rückläufig.
Die chemische Industrie hat dabei glänzend verdient.

Die EG hat sich damit einen Mehrertrag von 17 Doppelzentnern Getreide pro Hektar erkauft.

Diese Überproduktion trieb die EG an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Und die Landwirte mußten mitbüßen: die Preise für Feldfrüchte und Fleisch sanken in den Keller.

Wie reagiert die Natur?

Über Jahre sammelten sich Nitrate und Pestizide im Boden an.

Noch können Bodenkeime Nitrate abbauen, deren eigene Lebensdauer wird aber durch das Nitrat angegriffen.

Das Schlimmste kommt, nach Meinung von Fachleuten, erst, wenn die Bodenkeime keine Lebensgrundlage mehr haben und absterben. Dann schlagen die Nitrate voll durch den Boden ins Grundwasser.

Auch ohne diesen schlimmsten Fall ist der Höhepunkt der Nitratbelastung im Trinkwasser noch nicht erreicht. Denn nur langsam gibt die Erde ihre Nitratfracht ab.

Umdenken ist notwendig!

Wenn wir wollen, daß wir unseren Nachfahren nicht immer noch größere Umweltvergiftungen aufhalsen, muß rasch gehandelt werden.

☞ **Ein gemeindliches Trinkwasser-Sanierungskonzept, auch im Verbund mit anderen Gemeinden, muß jetzt zügig erstellt und auch konsequent durchgeführt werden.**

Darüber hinaus ist die Einführung einer progressiv ansteigenden Stickstoff- und Pflanzenschutzmittelsteuer zu fordern.

☞ **Unbedingt verboten werden müßte die Ausbringung von Klärschlamm auf die Felder.**

Die Verfasser der neuen Klärschlammverordnung geben selber zu, nicht zu wissen, wie sich hochgiftige Stoffe im Klärschlamm(z.B. auch Dioxine) langfristig verhalten.

Sogar der Bayerische Bauernverband warnt vor dem Einsatz von Klärschlamm!

Aber solange leider immer noch die Klärschlammausbringung aus öffentlichen Mitteln subventioniert wird, ist es für manchen Landwirt eben ein glänzendes Geschäft.

Keine Frage, die begrenzte Ausbringung von Klärschlamm ist immer noch gesetzlich, aber ist sie auch moralisch vertretbar?

Meierlohr umso unverständlicher:

- ***das ganze Gebiet soll innerhalb weniger Jahre bebaut werden***

- ***es soll sowohl Gewerbe- als auch Industriegebiet beinhalten***

Obiger Beschluß stellt ein 100 %- iges Entgegenkommen an die Fa.Isarkies dar und gibt bereits am Anfang des Verfahrens die Zielsetzung eines "umweltfreundlichen Gewerbegebietes" durch die Ausweisung als "Gewerbe-und Industriegebietes" auf.
Denn ein Industriegebiet darf laut Definition (siehe §8 BauNVo) auch erheblich belästigende Betriebe beinhalten.

Auch Wohnbebauung ist vorgesehen

Obwohl nach Bekunden der Fa.Isarkies auch eine Wohnbebauung, in der Größenordnung von ca. 20.000 qm allgemeiner Wohnbebauung
(zur großzügigen Abrundung zum Ort hin mit anschließendem Mischgebiet sowie Gewerbe- und Industriegebiet zum Klärwerk hin) vorgesehen ist, wurden hier keine Einschränkungen vorgenommen.
Oder sollen die im Planungsziel der Fa.Isarkies enthaltenen 20.000 qm allgemeine Wohnbebauung mit folgendem Mischgebiet das Problem mit der "Harmonisierungsklausel" deutlich in deren Sinne entschärfen?

Die Harmonisierungsklausel bedeutet, daß in Zukunft nur noch Gewerbegebiet ausgewiesen werden darf, wenn gleichzeitig die doppelte Fläche der Gewerbegebietsgröße als Wohnbebauung ausgewiesen wird.

Wenn die Aussage von Herrn Räpple (Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München) stimmt,daß die Harmonisierungsklausel durch einen Erlaß des Regierungspräsidenten praktisch schon angewandt wird, dann müßte die Gemeinde Finsing noch 30 ha zusätzlich an Wohnbebauungsfläche ausweisen. Diese Fläche entspräche dem 7-fachen der Größe des Bebaungsgebietes Ziegler-/Lärchenweg!

Deshalb:

Korrekturen sind zwingend notwendig!

Das Vorhaben "Gewerbegebiet" ist jetzt an einem Punkt angelangt, wo dringend Korrekturen zur momentanen Entscheidungslage angebracht sind.

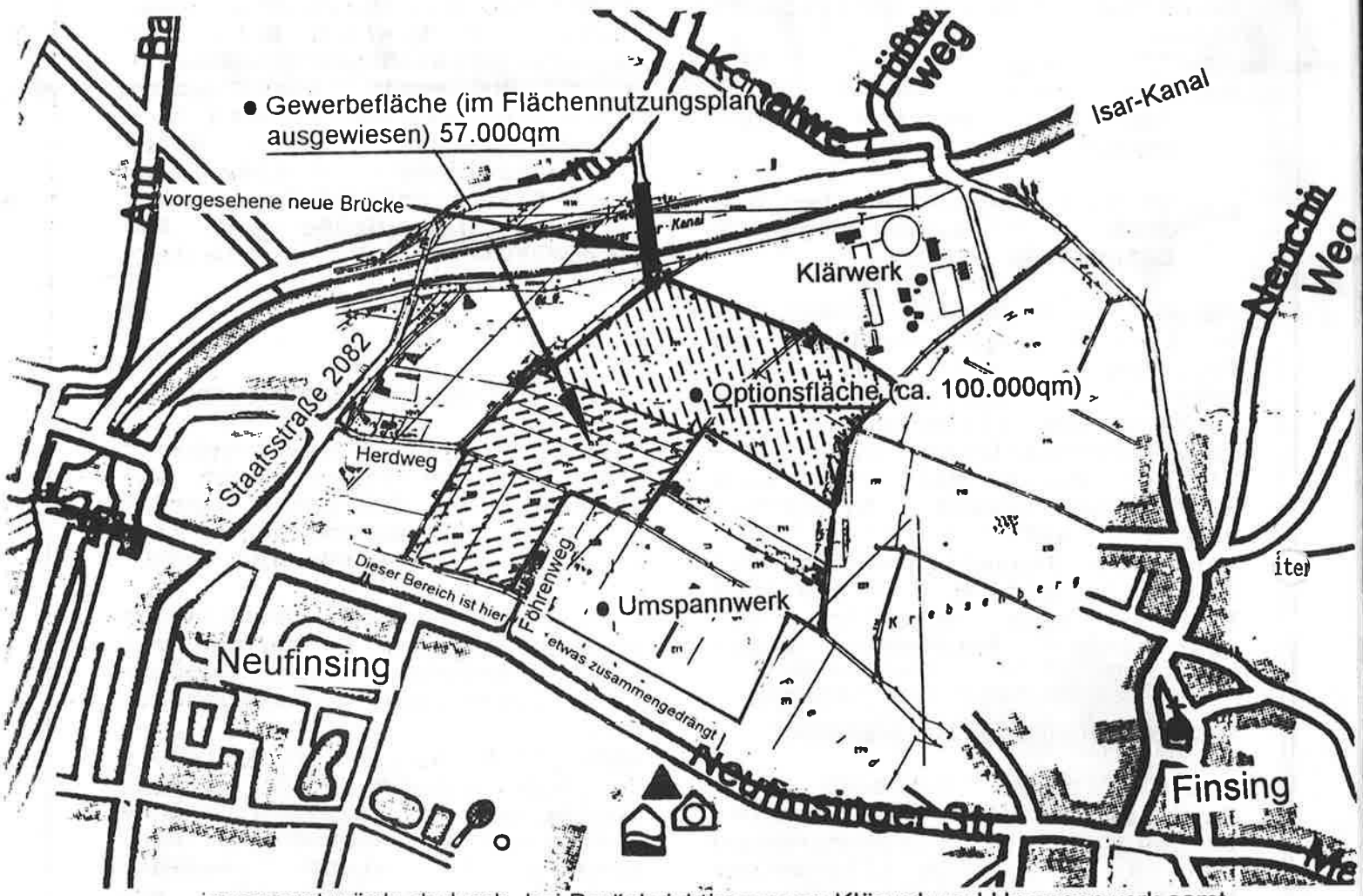
Keinesfalls darf zugelassen werden, daß die Planungshoheit der Gemeinde durch Grundstücksspekulanten ausgehöhlt wird.
Auch darf es den Mitgliedern des Gemeinderates nicht alleine überlassen bleiben,(welche letztendlich verbrochene Planungssünden nicht verantworten, geschweige denn ertragen müssen) ohne Anhörung der Bürgerschaft von Neufinsing über so tiefgreifende Ortsveränderungen zu entscheiden.

Wir meinen, daß dies zunächst am besten durch die intensive Beteiligung der Bürger, und zwar in Form einer außerordentlichen Bürgerversammlung geschehen sollte.

Impressum: Finsinger Ohrwurm
Herausgeber: SPD-Ortsverein Finsing
Presserechtlich verantwortlich: Georg Gartner, Seestraße 44, 8059 Neufinsing
Mitarbeiter: Georg Gartner, Hans Weeber
Druck: SPD-Landesverband, 8000 München

Lage des vorgesehenen Gewerbe- und Industriegebietes

(Darstellung ist nicht exakt maßstäblich)



insgesamt würde dadurch, bei Berücksichtigung von Klärwek und Umspannwerk samt Vorbehaltsflächen, ein gewerblich genutzter Bereich von annähernd 400.000qm entstehen

Letzte Meldung:

Außerordentliche Bürgerversammlung muß abgehalten werden!

In der Zwischenzeit haben, aufgrund einer vom SPD-Ortsverein durchgeführten Unterschriftensammlung über 5% der wahlberechtigten Bürger die Abhaltung einer außerordentlichen Bürgerversammlung gefordert.

Der Bürgermeister ist damit verpflichtet innerhalb von 3 Monaten eine Bürgerversammlung zum Thema "Gewerbegebiet" einzuberufen.

Nutzen Sie diese Gelegenheit um Ihre Bedenken und Einwendungen gegen die derzeitige Planung des "Gewerbe- und Industriegebietes" vorzubringen.

Noch ist nichts verloren und es bestehen noch keinerlei Verpflichtungen gegenüber der Fa. Isarkies.

Aber es ist allemal besser, Fehlplanungen in der vorgesehenen Größe -mitsamt Industriegebiet- bereits im Keim zu ersticken, als im Nachhinein die Verhinderung der schlimmsten Auswirkungen scheibchenweise abtrotzen zu müssen.

Umwelttag der Gemeinde Finsing!

Am Freitag den 8. Mai soll der Wertstoffhof der Gemeinde Finsing feierlich eröffnet werden.

Die Eröffnung soll mit einem Umwelttag verbunden werden.

Für Samstag den 8. Mai ist das große "Rama dama" angesagt.

Die genauen Termine sowie das Programm, bitten wir dem Amts- und Mitteilungsblatt zu entnehmen.

Lassen Sie sich informieren, was, wann und wie im Wertstoffhof (andere sagen auch "Recyclinghof") abgeliefert werden kann.

FINSINGER OHRWURM

INFORMATIONEN, MEINUNGEN UND KOMMENTARE

von Ihrem

01. SEPTEMBER `95 — SPD - ORTSVEREIN — AUFLAGE: 800

DAS GEWERBEGEBIET

ODER

WER HAT VERSAGT BEIM GEWERBEGEBIET?

Nun soll also doch das „kleine" Gewerbegebiet (7,5ha) Wirklichkeit werden. Alle die gedacht haben, es würde alles unternommen um die Belastungen der mangelhaften Erschließung über Herd- und Föhrenweg abzuwehren, sehen sich jetzt getäuscht.

Noch im Jahr `94 stand im Erläuterungsbericht zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes zu lesen:

"Die seinerzeit vorgesehene Gewerbegebietserschließung über den Föhrenweg und den Herdweg ist heute nicht mehr realisierbar. Durch die Mischgebietsausweisungen an beiden Straßen ist die hier entstandene Wohnbebauung so herangerückt, daß erforderliche Straßenverbreiterungen nicht mehr durchführbar sind; zudem wäre ein Gewerbeverkehr wegen des erforderlichen Anliegerschutzes nicht mehr vertretbar. Bereits heute stellt der Abtransport des Klärschlamms aus der Kläranlage eine erhebliche Belastung für die Anlieger dar."

Ein Jahr später gilt dies alles nicht mehr. Wer seine Meinung derartig ändert hat entweder keine Moral oder hat sich zum Werkzeug des großen Investors mißbrauchen lassen.

Was sind die unmittelbaren Folgen?

Die Anwohner an Herd- und Föhrenweg wehren sich zurecht gegen eine Erschließung die bis vor kurzem noch völlig ausgeschlossen wurde. Auf dem schmalen Herdweg soll nun neben dem Schwerlastverkehr des Klärwerks auch noch der Gewerbeverkehr abgewickelt werden. Sowohl der Herd- als auch der Föhrenweg sind und werden weiterhin siedlungsmäßig bebaut und bedürften einer strikten Verkehrsberuhigung anstatt der Aufnahme einer zusätzlichen Erschließungsfunktion.

Über den Föhrenweg wird der zusätzliche Verkehr auch an der Schule vorbeigeführt. Dagegen hatte sich Konrektor Suhre lange Zeit deutlich verwahrt. Plötzlich ist das nicht mehr so schlimm.

Das ganze Gerede, daß der Herdweg bereits bei der Flächennutzungsplan aufstellung im Jahr `68 als Erschließung für das Gewerbegebiet vorgesehen war, kann aus folgenden Gründen nicht stichhaltig sein:

- o zum Zeitpunkt der Flächennutzungsplanaufstellung war die Neutrassierung der Staatsstraße 2082 geplant
- o noch im Jahre `74 wurden Bauvorhaben am Herdweg eben wegen dieser Trasse abgelehnt
- o der Herdweg wäre nicht an die neue Staatsstraße angebunden worden und damit als Erschließungsstraße für Gewerbegebiet und Klärwerk völlig ausgeschieden.

Das war entgegen den Feststellungen von Bürgermeister und Verwaltung der Planungsstand von `68 bis mindestens 1974.

Denn erst im Jahre `86, wurde bei Genehmigung des neuen Flächennutzungsplanes festgehalten, daß der Herdweg Erschließungsstraße sein soll. Diese praktisch stillschweigende Umwidmung wollte man den Anliegern jetzt zur Last legen.

Nicht gerade die feine Art!

Wo wurde versagt?

DER GEMEINDERAT HAT SICH VON ANFANG AN NICHT AUF EINE KLARE LINIE FESTGELEGT!

Entgegen den Forderungen der SPD-Räte (siehe GR-Protokoll vom 24.6.91, TOP 331) konnte man sich nicht zu einer einheitlichen Linie gegenüber dem Verhandlungspartner "Isarkies" durchringen.

Im Gegenteil, man versuchte durch ominöse "Gemeinderatsbesprechungen" mit der Fa. Isarkies (wohl um der Öffentlichkeit aus dem Weg zu gehen) Einvernehmen zu erzielen. Man hat praktisch den ersten Schritt vor dem zweiten getan, und die kommunale Planungshoheit dem freien Spiel der Kräfte überlassen.

Anmerkung: Beim Umschwenken auf die jetzt anvisierte kleine Lösung ging man erneut denselben Weg. Man berief eine nichtöffentliche Sitzung ein, bei der die Fa. Isarkies die Räte auf die kleine Lösung einzuschwören versuchten. Die Öffentlichkeit wäre hier ja nur störend gewesen. (Originalton von H. Meierlohr). Einen Geschäftsordnungsantrag von Gemeinderat Gartner auf Fortsetzung der Sitzung in öffentlicher Sitzung wurde von Bürgermeister Krzizok gar nicht zur Abstimmung gebracht. EIN KLARER VERSTOß GEGEN DIE GESCHÄFTSORDNUNG. Wollte er nicht sein Amt um soviel besser ausführen wie sein Vorgänger Buchmann? An sich ein klarer Fall für eine Dienstaufsichtsbeschwerde. Aber es reicht auch, wenn es die Öffentlichkeit überhaupt erfährt.

Fortsetzung auf Seite 4

Inhaltsverzeichnis:

1. Gewerbegebiet: *Seite 1 u. 4*
2. Kindergarten: *Seite 2*
3. Volksentscheid: *Seite 3*
4. repr. Zusammensetzung des GR: *Seite 3*

ZU WENIG KINDERGARTENPLÄTZE!

ODER

WIE ES MÖGLICH WURDE, DAß ZWEI JAHRE NACH FERTIGSTELLUNG DES NEUEN KINDERGARTENS 27 KINDER BEINAHE KEINEN PLATZ BEKOMMEN HÄTTEN!

Knapp 4 Millionen Mark hat der neue Kindergarten am Buchenweg gekostet! Seit September `93 werden dort zwischen 46 und 50 Kinder betreut. Anfang April `95 erfolgten die Anmeldungen für das Kindergartenjahr 95/96. Ergebnis: Es finden 27 Kinder keinen Platz in den beiden Kindergärten von Neufinsing.

Wozu wurden eigentlich 4 Millionen Steuermittel ausgegeben, wenn bereits zwei Jahre später soviele Kinder keinen Platz mehr bekommen?

Die Geburtenzahlen waren doch bekannt, und man kann zumindest für 2Jahre im voraus eine fundierte Prognose über den Platzbedarf erstellen.

Nicht so in der Gemeinde Finsing. Im Gegenteil, noch im April`94 (GR-Sitzung am 25.4.94) verkündete der Bürgermeister auf einer Gemeinderatssitzung, im Jahr `95 würden insgesamt 58 Kinder eingeschult, und damit genügend Plätze für die folgenden Jahrgänge im Kindergarten frei werden.

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat traute diesen Informationen nicht und stellte eigene Berechnungen an. Und siehe da, es stellte sich heraus, daß maximal 28 Kinder im Herbst `95 eingeschult werden und deshalb ab Sept. 95 ein Fehlbedarf von bis zu 30 Kindergartenplätzen zu erwarten ist. Die von SPD-Gemeinderat Gartner vorgelegten Zahlen wurden von der Gemeindeverwaltung überprüft. Dabei kam die Verwaltung zu einem noch etwas schlechteren Ergebnis. Die Berechnungen erfolgten im Zeitraum von Mai - Juli `94. Nun hat es noch bis Dezember `94 gedauert, bis der Gemeinderat endlich handelte. Es wurde die Erweiterung des AWO-Kindergartens um eine Gruppe beschlossen. Architekt Trautwein betonte noch im Dezember `94, daß der zusätzliche Gruppenraum bis September `95 fertig sein könne. Inzwischen mußte er bekanntgeben, daß dies frühestens Ende `95 der Fall sein werde; er hatte nämlich 3 Monate gebraucht bis eine eingabefähige Planung vorlag. Bei der Verzögerung dürfte auch das unsinnige Baugebiet "Buchenweg I" ein wesentliche Rolle spielen. Bedingt durch die Baumaßnahmen des Bauträgers Humplmayr *(Einheimischenmodell ha! ha!)* war bis zum Frühsommer nur schwer an die Baustelle heranzukommen, so daß eine unauffällige Verzögerung das Mittel der Wahl war.

Fast alle (25) von den 27 übriggebliebenen Kindern werden in der neueingerichteten Notgruppe untergebracht. Der Turn- und Gymnastikraum wird für die Übergangszeit (voraussichtlich mindestens ½ Jahr) als zusätzlicher Gruppenraum benutzt. Auch hierzu war wiederum eine Initiative der SPD-Fraktion vorausgegangen um rechtzeitige Verhandlungen mit der Arbeiterwohlfahrt über die Unterbringung der bis zu 27 Kinder, und vor allem die rechtzeitige Einstellung einer Erzieherin zu veranlassen.

Wäre es nach den Auskünften und unterlassenen Aktivitäten des Bürgermeisters gegangen, so hätten sich alle nach der Einschreibung der Kinder für das neue Kindergartenjahr (im Mai `95), über die vielen Kinder und die wenigen Plätze nur gewundert. Es reicht eben nicht, Herr Bürgermeister, das Wachstum der Gemeinde stark zu forcieren, ohne dabei an die Folgen zu denken und sich vorausschauend mit präzisen Zahlen darum zu kümmern.

VOLKSENTSCHEID AM 01.10.95

DIE MOGELPACKUNG DER CSU!

Das Volksbegehren der Aktionsgruppe "Mehr Demokratie in Bayern" erreichte im Frühjahr einen deutlichen Abstimmungserfolg. In der Gemeinde Finsing wurde das viertbeste Abstimmungsergebnis im Landkreis erzielt. Ein Zeichen dafür, daß auch bei uns einiges im Argen liegt und echter Mitentscheidungsbedarf besteht.

Der Erfolg des Volksbegehrens war von der CSU nicht, und schon gar nicht in dieser Deutlichkeit, erwartet worden. Das zeigte sich schon an den hektischen und teilweise nervösen Reaktionen der Herren. Daß damit ein Bürgerbegehren/Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene nicht mehr zu verhindern war, das wurde den Herren Stoiber, Glück und Co. sehr bald bewußt. Deshalb haben sie einen

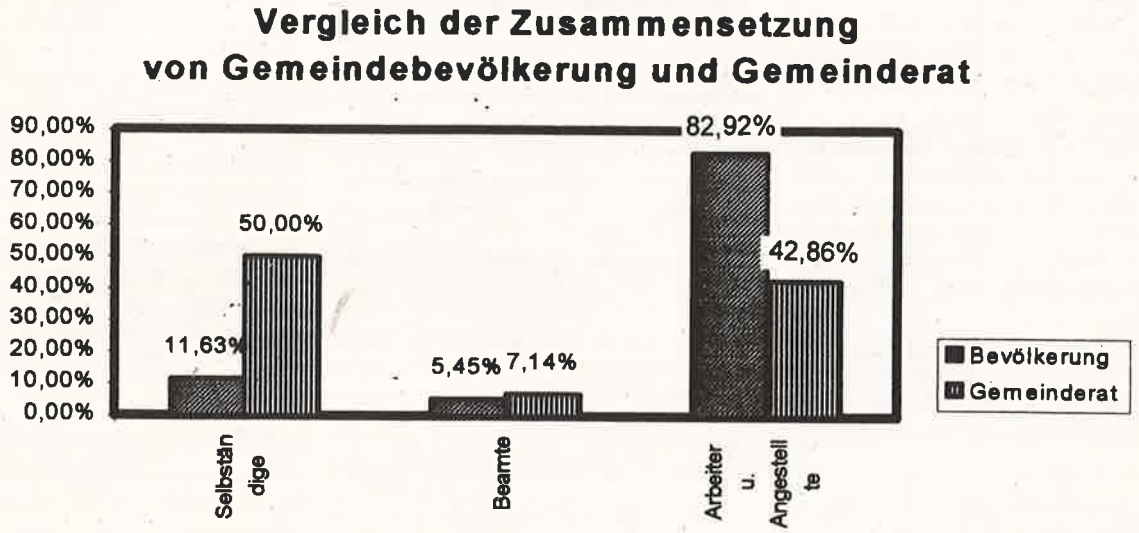
eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der darauf hinausläuft die neue Waffe der Bürger, eben den Bürgerentscheid, möglichst stumpf, möglichst wirkungslos zu machen.
Ja, die CSU wagt sich dabei sogar in einen verfassungsrechtlich strittigen Bereich, indem durch das sogenannte "Quorum" Enthaltungen zu Nein-Stimmen umfunktioniert werden.
In der Bayerischen Verfassung (Artikel 2, Absatz 2) steht jedoch klar und deutlich "Die Mehrheit entscheidet."
Schon 1948 hatte die CSU versucht auf Landesebene ein Zustimmungsquorum einzuführen.
Laut Gerichtsurteil des Bayerischen Verfassungsgerichtes vom 2.12.49 wurde dieses Zustimmungsquorum aber als verfassungswidrig erklärt. Was auf Landesebene gilt, gilt auch auf kommunaler Ebene.

WAS IST EIN ZUSTIMMUNGSQUORUM?
BEI EINEM 25%-ZUSTIMMUNGSQUORUM IST EINE MEHRHEITSENTSCHEIDUNG IM BÜRGERENTSCHEID NUR GÜLTIG, WENN DIESE MEHRHEIT AUCH GLEICHZEITIG MINDESTENS 25% DER STIMMBERECHTIGTEN AUSMACHT.
MACHT DIESE MEHRHEIT NICHT 25% DER STIMMBERECHTIGTEN AUS, DANN IST DAS ZUSTIMMUNGSQUORUM NICHT ERFÜLLT UND DIE MEHRHEITSENTSCHEIDUNG TRITT NICHT IN KRAFT.

Die Stimmenthaltungen werden damit als Nein-Stimmen gezählt.

Tatsächlich ist eine Stimmenthaltung aber weder eine Nein- noch eine Ja-Stimme. Es ist ein Grundprinzip in der Demokratie, daß diejeniegn entscheiden, die zur Abstimmung gehen. Eine Wahlpflicht gibt es nicht, jeder hat das Recht auf Stimmenthaltung.
Bei der Anwendung eines Zustimmungsquorums bei landesweiten bayerischen Volksentscheiden, wären fast alle Volksabstimmungen (auch so wichtige Entscheidungen wie "Rundfunkfreiheit", "Herabsetzung des Wahlalters" und "5%-Klausel") gescheitert; bedingt durch eine generell niedrige Wahlbeteiligung bei Volksabstimmungen.
Hätte es für den Volksentscheid auf Landesebene ein Zustimmungsquorum gegeben, so wären fast alle Volksentscheide in Bayern gescheitert!
Die Folgen eines Zustimmungsquorums wären zutiefst antidemokratisch:
o Bürgerentscheide in größeren Städten werden damit unmöglich
o ein Zustimmungsquorum führt zu Diskussionsboykotten
o wer ein Zustimmungsquorum will, glaubt nicht an die Kraft seiner Argumente
Als i-Tüpfelchen will die CSU den Bürgerentscheid nicht in der Verfassung verankern.
Somit könnte die CSU-Mehrheit im Landtag den Bürgerentscheid nach dem Volksentscheid wieder abschaffen.
Es geht darum was Willy Brandt schon vor über 20 Jahren als Forderung und Auftrag gesehen hat!
WILLY BRANDT: „WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE WAGEN."

REPRÄSENTIERT DER GEMEINDERAT DIE BEVÖLKERUNG?



Vergleich nach Geschlechtern

Der Gemeinderat besteht aus 13 Männern plus dem Bürgermeister (ebenfalls männlich) und einer Frau.
Ein graphischer Vergleich hierzu dürfte sich erübrigen.

Um einen deutlichen Beitrag zur Veränderung solcher Mißstände zu leisten, soll die parteioffene SPD-Kandidatenliste zur Kommunalwahl am 10.März `96, aus 8 Frauen und 8 Männern bestehen, und im Reißverschlußverfahren folgt auf eine Frau jeweils ein Mann.

Fortsetzung von Seite 1: ***Gewerbegebiet***

Lange Zeit hatte sich die Mehrheit von der Möglichkeit einer großen Lösung (16ha) mit einer neuen Brücke blenden lassen, ohne die gravierenden Auswirkungen dieser Lösung auf die Gemeindeentwicklung ausreichend zu berücksichtigen.
Als ein Kardinalfehler kommt hier hinzu, daß sowohl der Bürgermeister und das Landratsamt, aber auch die Gemeindeverwaltung, die Wirksamkeit der sogenannten Harmonisierungsregelung völlig falsch ausgelegt haben.
Beweis hierzu, Protokoll zu Besprechung im LRA ED: *„H.Thomas (LRA ED) weist darauf hin, daß die Gemeinde und das LRA Erding bei der Begründung zur Harmonisierung einen* ***Denkfehler*** *begangen haben, da sie die verbindliche Forderung (LEP B II 2.6), daß auf der gleichen Planungsebene in der Gemeinde Wohnsiedlungsflächen auszuweisen sind, die ausreichend Wohnraum für den mit den neuen gewerblichen Siedlungsflächen zu erwartenden Bevölkerungszuwachs ermöglichen, nicht beachtet haben.)"*
Und dies obwohl von H. Räpple (Planungsverband) und auch auf der Bürgerversammlung eindeutig und mehrfach darauf hingewiesen wurde.

DIE HARMONISIERUNGSREGELUNG BEDEUTET, DAß IN ZUKUNFT NUR NOCH GEWERBEGEBIET AUSGEWIESEN WERDEN DARF, WENN GLEICHZEITIG DIE DOPPELTE FLÄCHE DER GEWERBEGEBIETSGRÖßE ALS WOHNBEBAUUNG AUSGEWIESEN WIRD.

Die Annahme von falschen Tatsachen hat letztlich manchen Gemeinderat dazu verleitet, die große Lösung mit Brücke zwar als Zugeständnis an Isarkies anzusehen, aber damit letztlich das Erschließungsproblem vom Hals zu bekommen.

Fazit: Wäre von Anfang an die Wahrhheit in puncto Harmonisierungsregelung gesagt worden, hätte die große Lösung zu keinem Zeitpunkt eine realistische Chance gehabt.

Damit hätte auch viel eher eine klare Linie des Gemeinderates herbeigeführt werden können, die folgendermaßen hätte lauten müssen:
Verwirklichung der kleinen Lösung (bei Zulassung einer GFZ von 0,5 bis 0,7) mitsamt einer neuen Brücke.
Mit dieser klaren und eindeutigen Vorgabe hätten die Verhandlungen von Anfang an geführt werden müssen. Die Gemeinde hätte damit im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit eindeutig festgelegt was sie will, und H. Heinrich und die Fa. Isarkies hätten sich danach zu richten gehabt und nicht mit dem Bürgermeister und dem

GEORG GARTNER: Wir brauchen ein Gewerbegebiet, in erster Linie für einheimische Betriebe, das infrastrukturell angepaßt ist und über einen längeren Zeitraum Gewerbeansiedlung ermöglicht!

Gemeinderat Katz und Maus spielen können. Wäre dies gleich von 1990 an geschehen, wäre auch die Wahrscheinlichkeit für die Grundabtretungen für Brücke und Zufahrt Lösungen zu finden wesentlich höher gewesen.
(Nebenbei bemerkt, wäre durch den Zeitgewinn allein durch die anfallenden Zinsen für die Fa. Isarkies die Brücke bezahlt gewesen.)
Das, und die möglicherweise bewußte Falschinformation in Bezug auf die Wirksamkeit der Harmonisierungsregelung sind der eigentliche Knackpunkt und Skandal in dieser mißlichen Angelegenheit.
Der Gemeinderat in seiner Mehrheit, aber allen voran der Bürgermeister und das Landratsamt haben hier glatt versagt.

Wie geht es weiter?

Der Bebauungsplanentwurf mit der Erschließung über Herd- und Föhrenweg und einer GFZ von 0,8 (bisher 0,4!!) befindet sich bis 10. August '95 bzw 8.9.95 im Anhörungsverfahren (Die Einspruchsfrist für die Bürger läuft bis 08. September).
Wie eindeutig sich einige Träger öffentlicher Belange gegen die jetzige Planung aussprechen werden und in welcher Zahl Bürgereinsprüche vorliegen werden, war bis zur Drucklegung des "Ohrwurm" nicht bekannt.
Es wäre zu hoffen, daß ein bereits eingeleiteter Umdenkungsprozeß bei einigen Gemeinderäten Platz greift und der GR zu einer Haltung findet, die ein kleingliedriges Gewerbegebiet mit vertretbaren Beeinträchtigungen realisieren läßt.
Mit der jetzt vorliegenden Planung soll ja praktisch die große Lösung auf der kleinen Fläche realisiert werden (durch Verdoppelung der GFZ) und die Lasten sollen auf die Anlieger abgewälzt werden.
Völlig unverständlich ist vor diesem Hintergrund, warum der GR sogar einen Vorschlag der Fa. Isarkies (Schreiben vom 8.11.94) auf Realisierung in 2 Stufen (Freigabe der 2. Stufe nur wenn die Verkehrsbelastung dies zuläßt) abgelehnt hat, und obendrein durch den Verzicht auf 15% Abtretung (als Alternative zum 2 Stufen Modell) den Vorteil durch die GFZ-Verdoppelung vollständig beim Investor belassen hat.
Zwei Gemeinderäte von der „Freien Wählergruppe Neufinsing" wollten dabei gar wissen , ob denn die Fa. Isarkies jetzt auch noch mit diesem Vorschlag einverstanden wäre; O, wie frei doch so eine „Freie Wählergruppe" macht ....

Abkürzungen:
**LRA=Landratsamt; **GFZ=Geschoßlächen--zahl ***LEP=Landesentwicklungsplan;*

Im nächsten Ohrwurm lesen Sie:
o Die Kandidaten der SPD zur Kommunalwahl stellen sich vor
o Einwohnerentwicklung - Wachstum - Nachfolgelasten - Haushaltsprobleme, oder anders ausgedrückt:
Sie erfahren wie man eine Gemeinde kräftig anwachsen läßt (von 2560 auf ca. 3.300 Einwohner, innerhalb von 6 Jahren), und dabei die Rücklagen von einigen Millionen auf Null, voraussichtlich sogar ins Minus bringt, und die Nachfolgelasten die aus dieser Politik noch entstehen werden, künftig mit Schulden finanzieren muß.
Letzte Meldung: Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu hören ist, wird Bürgermeister Krzizok (Freie Wählergruppe Neufinsing) als Kreistagskandidat der CSU auftreten. Unser Kommentar: Erst rot, dann frei, dann schwarz ..... immer schön opportunistisch! Das macht sich gut!!

Ausgabe Sommer '03

FINSINGER OHRWURM

Informationen, Meinungen, Kommentare von SPD & Parteifreie Bürger Finsing

Neue Gewerbeansiedlung ohne Belastungen?

Ein bedeutendes asiatisches Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche will, so der Beauftragte Unternehmensberater, in Neufinsing, und zwar exakt auf dem Areal des früheren Gewerbegebietes am Klärwerk das 1995 wegen Erschliessungsproblemen aufgegeben wurde, seine Deutschlandzentrale errichten.

Das Vorhaben hört sich vielversprechend an: 200 Arbeitsplätze, fast ausschließlich in Verwaltung, Entwicklung und Vertrieb, geringstmögliche Verkehrsbelastung, praktisch keine Emissionen. Nur die Abwicklung mit einem sogenannten Vorhaben- und Erschließungsplan garantiert, dass auch wirklich nur dieses Vorhaben und nur von dieser Firma erstellt werden kann. Bei jeder anderen Nutzung würde ein evtl. geschaffenes Baurecht wieder an die Gemeinde zurückfallen. Darauf werden wir achten.

Wir können es verstehen, wenn es einen asiatischen Konzernchef mit geradezu magnetischer Kraft nach Finsing zieht. Finsing mit seiner unwiderstehlichen Aura, seinen Hochspannungsleitungen, die das Qui erst voll zur Entfaltung bringen, und seiner optimalen Verkehrsanbindung. Hier und da ein kleines Bambusbrückerl könnte den Verkehrsfluss evtl. noch etwas optimieren.
Ja, wir können es verstehen, und unseren Gedanken wachsen geradezu Flügel bei der Vorstellung, als asiatische Zweigstelle über die Grenzen des Saurüssels und des Krebsenberges hinweg zu Weltruhm zu gelangen. Unsere SPD-Versammlungen würden wir dann in Sushi-Restaurants abhalten und unsere Mitgliederzahlen würden in ungeahnte Höhen .....? Man könnte schon ins Schwärmen kommen, oder?

Alarmierende Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf der Staatsstraße 2082 und der ED 11 von 1995 bis 2000

Nach der letzten Verkehrszählung des Straßenbauamtes München ist die tägliche Verkehrsbelastung in der Zeit von 1995 bis 2000 auf der Erdinger Straße um 1.251 von 9.748 auf 10.999 angestiegen.

Die Belastung der Münchner Straße stieg im gleichen Zeitraum um 658 von 11.825 auf 12.483 Fahrzeugbewegungen an.

Als aktuellen Nachtrag für den gesamten Bereich der Staatsstraße ist noch die Anmerkung von Herrn Bürgermeister Krzizok in der Bürgerfragestunde am 21.10.02 zu sehen, dass seit dem Anschluss der FTO bei Neuching an die Staatsstraße 2082 im Oktober 2001 alleine der LKW-Verkehr um ca. 30 % zugenommen hat. Dies entspricht für die Erdinger- und Münchner Str. einer nochmaligen Zunahme von ca. 600 LKW-Fahrten täglich.

Die größte vom Straßenbauamt ermittelte zahlenmäßige Zunahme ist jedoch auf der ED 11 zwischen Neufinsing und Finsing (Schulweg) eingetreten. Dort wurde eine Steigerung von 1.425 auf 5.418 Fahrzeugen gezählt. Die Zunahme entspricht 3.995 und damit ca. 280 %!

Eine offizielle Verkehrszählung gibt nicht die tatsächliche Verkehrsbelastung an einem Werktag wieder. Das Ergebnis wird aus einem Durchschnittswert aus 2 Normalwerktagen, 2 Ferienwerktagen und 2 Sonntagen ermittelt, wobei nur in der Zeit zwischen 7.00 bis 9.00 Uhr, 11.30 bis 13.30 Uhr und 15.00 bis 19.00 Uhr gezählt wird.

Die Zahlen verdeutlichen eindrucksvoll, dass insbeondere zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern akuter Handlungsbedarf besteht. Wo bleibt die von allen geforderte Vierpunktampel?

Kommt die Verschwenkung der Seestraße, und wenn ja, wann?

Martin Huber

Gewinnen Sie mit der SPD

SPD Bayern gewinnt.

1. Preis: Berlinfahrt für 2 Personen
2. Preis: 1 grüne Monatskarte nach München
3. Preis: Besuch im Maximilianeum 2 Pers.
4.-10. Buchpreise

Lösungswort: b _ y _ r n - g _ w i _ _ t

Lösungswort senden an: Horst.Schmidt@spd-online.de
oder Postkarte schicken an: SPD Erding, Hofmarkplatz 4, 85435 Erding oder
Fax senden an: 08122/961942
bitte Name & Anschrift & Tel.-Nr. angeben.

SPD & Parteifreie Bürger